



DER RUSSISCH-UKRAINISCHE ERDGASKONFLIKT

| | | |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen. Heiko Pleines, Bremen | | 2 |
| ■ ANALYSE | | |
| Die wirtschaftliche Seite des Gaskonflikts. Roland Götz, Berlin | | 4 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | | |
| Gazprom, die Ukraine und die europäische Erdgasversorgung | | 6 |
| ■ PORTRAIT | | |
| RosUkrEnergo. Julia Kusznir, Bremen | | 10 |
| ■ ANALYSE | | |
| Liefermonopol versus Transitmonopol. Russische und ukrainische Argumentationen im Erdgasstreit. Josephine Bollinger-Kanne, München | | 12 |
| ■ CHRONIK | | |
| Der russisch-ukrainische Erdgasstreit von Juni 2005 bis Februar 2006 | | 14 |
| ■ DOKUMENTATION | | |
| Streitpunkte zwischen Russland und der Ukraine. Julia Kusznir, Bremen | | 17 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Chronik vom 14.2. bis 27.2.2006 | | 19 |

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 14.3.2006.
Thema: ukrainische Parteien vor der Wahl.*

Analyse

Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Die Ukraine ist stark abhängig von russischen Energielieferungen. Gleichzeitig ist die Ukraine aber das wichtigste Transitland für russische Energieexporte. Die gegenseitige Abhängigkeit hat so zu einer Pattsituation geführt und gestaltet die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schwierig. Der aktuelle Streit über den Preis russischer Gaslieferungen ist nur die jüngste Eskalation in einer konfliktreichen Beziehung.

Ukrainische Abhängigkeit

Genau wie zu Zeiten der Sowjetunion ist die Ukraine auch heute auf Energieimporte aus Russland angewiesen. Sie bezieht vor allem Erdöl und Erdgas aus Russland. Die heimische Produktion deckt hier nur 15% bzw. 25% des Bedarfs. Da alle existierenden Öl- und Gaspipelines über russisches Territorium laufen, hat die Ukraine kaum Möglichkeiten, ihre Versorgung zu diversifizieren. Lieferungen aus Zentralasien sind von der Zustimmung der russischen Pipelinebetreiber abhängig. Im Falle von Erdgas ist dies der Monopolkonzern Gazprom, im Falle von Erdöl der staatliche Betrieb Transneft. Der ukrainische Versuch, Erdöl über das Schwarze Meer an Russland vorbei zu importieren, kann als gescheitert betrachtet werden. Daran dürfte auch die im Februar 2006 erneut bestätigte polnische Unterstützung für das Projekt nichts ändern.

Trotzdem hat sich der Erdgashandel im Vergleich zum Erdöl als deutlich problematischer erwiesen. Zum einen ist Gas mit einem Anteil von fast 40% der wichtigste Primärenergieträger in der Ukraine. Zum anderen steht der Ukraine mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom ein starker Verhandlungspartner mit guten Verbindungen zur russischen Regierung gegenüber, der erheblich mehr Druck ausüben kann, als einzelne russische Ölfirmen.

Ukrainische Energieschulden

Mit dem Ende der Sowjetunion begann Russland, von der Ukraine eine „normale“ Bezahlung der Energielieferungen zu verlangen. Bereits seit 1992 muss die Ukraine in US-Dollar bezahlen. Die Preise wurden schrittweise erhöht, bis sie 1995 Weltmarktniveau erreichten. Die Ukraine kam ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach und sah sich deshalb erheblichem russischem Druck ausgesetzt. 1993 wurden Energielieferungen drastisch gekürzt, was in der Ukraine im Winter 1993/94 eine Energiekrise zur Folge hatte. Viele Industriebetriebe mussten die Produktion einstellen, öffentliche Ge-

bäude wurden nicht beheizt, die Straßenbeleuchtung blieb abgeschaltet. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die ukrainischen Schulden für russische Energielieferungen bereits auf 600 Mio. US-Dollar. Da die Ukraine offensichtlich zahlungsunfähig war, verlangte Russland nun Anteile an ukrainischen Energiebetrieben als Kompensation. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen hat die Ukraine aber eine russische Beteiligung an der Gasindustrie in den 1990er Jahren grundsätzlich abgelehnt.

Russische Abhängigkeit

Trotz der hohen Schulden war die Ukraine russischem Druck nicht hilflos ausgeliefert. Im Gegenteil, Russland musste einsehen, dass eine Eintreibung der ausstehenden Zahlungen nur begrenzt möglich ist. Ursache hierfür sind die Pipelines für russische Exporte nach Westeuropa. Mitte der 1990er Jahre gingen 95% der russischen Erdgasexporte und über 50% der russischen Erdölexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Dies erlaubt es der Ukraine zum einen, Engpässe durch illegale Entnahmen zu entschärfen. Zum anderen kann die Ukraine erhebliche Transitgebühren verlangen. (Einen Überblick über die Transitgebühren gibt Grafik 2 auf Seite 7)

Ein erster Kompromiss

Diese Pattsituation führte Mitte der 1990er Jahre zu einem Kompromiss. Es wurde vereinbart, dass die Ukraine über die Hälfte ihrer Erdgasimporte als Transitgebühr erhalten sollte. Zusätzlich wurden die russischen Leasinggebühren für Militärbasen der Schwarzmeerflotte auf der Krim zur Tilgung ukrainischer Gasschulden verwandt. Außerdem bemühte sich die Ukraine, Gasschulden durch Bartergeschäfte, etwa durch die Lieferung von Kampfbombern an Russland, zu begleichen. Direkte Geldzahlungen erfolgten demgegenüber anscheinend überhaupt nicht mehr. Gazprom akzeptierte dies, um seine Gasexporte nach Westeuropa nicht zu gefährden. Im Ergebnis wuchsen die ukrainischen Gasschulden weiter.

Gleichzeitig gelang der russischen Erdölindustrie über den Erwerb von Beteiligungen an ukrainischen Raffinerien Ende der 1990er Jahre der Eintritt in den ukrainischen Markt. Insbesondere Lukoil und TNK haben, neben Tatneft, seitdem ihren Anteil am Markt für Erdölprodukte kontinuierlich ausgebaut. Da die russischen Investoren gleichzeitig Lieferverpflichtungen übernahmen, wurde die Frage der Erdölimporte weiter entschärft. Die Abhängigkeit von russischen Lieferungen bleibt aber auch beim Erdöl bestehen.

Erneute Eskalation

Anfang 2000 hatte die Ukraine offiziell geliefertes Erdgas für etwa 1,4 Mrd. US-Dollar nicht bezahlt. Gazprom verlangte zusätzlich noch einmal etwa 700 Mio. US-Dollar an Zinsen, Strafen und Entschädigungszahlungen für Gasdiebstähle. Gleichzeitig exportierte Gazprom erstmalig größere Mengen Gas durch die im Herbst 1999 in Betrieb genommene Jamal-Pipeline, die unter Umgehung der Ukraine durch Belarus und Polen verläuft. Der russische Gaskonzern nahm dies zum Anlass, seinen Druck auf die Ukraine erneut zu erhöhen. Zum einen drängte er aggressiver auf eine Lösung der Schuldenfrage und eine Einstellung der Gasdiebstähle, zum anderen forcierte er Pläne zum Bau von weiteren alternativen Exportpipelines, die ukrainisches Territorium umgehen.

Gazprom gelang es so im Herbst 2002, die Ukraine zur Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Gaskonsortium zu zwingen, das die ukrainischen Gaspipelines verwalten soll. Neben Gazprom und ukrainischen Partnern wurde auch der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas in die Verhandlungen einbezogen. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden.

Der zweite Kompromiss

Fortschritte wurden hingegen bei der Schuldenfrage erreicht. Im April 2004 wurde eine Regelung verabschiedet, die der Ukraine erhebliche Zugeständnisse machte. Gazprom reduzierte seine Zahlungsforderung um 200 Millionen US-Dollar und akzeptierte für die übrigen Schulden Eurobonds, deren Auszahlung schrittweise bis 2013 erfolgen sollte. In einer zusätzlichen Vereinbarung im August 2004 wurden die fälligen Eurobondzahlungen gegen Gazproms Transitgebühren bis 2009 verrechnet. Im Ergebnis hatte die Ukraine die Schuldenfrage mit Gazprom gelöst, sollte aber dafür ab 2005 kein Gas mehr als Transitgebühr erhalten. Zusätzlich wurde der Preis für russische Erdgaslieferungen bis 2009 verbindlich und „unabänderbar“ auf 50 US-Dollar für 1.000 m³

festgeschrieben. Dies bedeutete einen erheblichen Nachlass gegenüber dem Preis für Importeure aus der EU. Dieser Nachlass wurde aber im Wesentlichen von Turkmenistan finanziert, das fast zwei Drittel der Erdgasexporte in die Ukraine lieferte.

Der aktuelle Konflikt

Im Herbst 2005, nachdem mit der Vereinbarung zum Bau der Ostsee-Erdgaspipeline die Rolle der Ukraine als Transitland geschwächt erschien, kam es erneut zum Konflikt. Gazprom verlangte eine Erhöhung des Gaspreises auf 160 US-Dollar für 1.000 m³ ab Jahresanfang 2006. Als bis Dezember keine Einigung erzielt werden konnte, erhöhte Gazprom seine Preisforderung auf 230 US-Dollar und stellte zum Jahresbeginn 2006 seine Lieferungen an die Ukraine ein. Es zeigte sich aber erneut, dass die Kontrolle über die Transitpipelines der Ukraine bei Verhandlungen einen Trumpf in die Hand gibt. Um seine Lieferverträge mit west- und mitteleuropäischen Kunden erfüllen zu können, ist Gazprom auf die Ukraine angewiesen. (Einen Überblick über die ukrainischen Transitzapazitäten gibt Tabelle 2 auf Seite 8.) Der Rückgang des Erdgastransits zum Jahresbeginn, der auf ukrainische Entnahmen zurückzuführen war, zwang Gazprom deshalb zum Einlenken.

Auf dem Weg zu einem neuen Kompromiss

Bereits am 4. Januar 2006 erreichten Gazprom und der staatliche ukrainische Konzern Naftohaz Ukrainy eine vorläufige Einigung. Der Preis für ukrainische Erdgasimporte wurde auf 95 US-Dollar erhöht. Gleichzeitig wurde Gazprom für seine Lieferungen ein Preis von 230 US-Dollar garantiert. Die Vereinbarung ging damit zu Lasten der zentralasiatischen Lieferanten, die weiterhin einen Preis von 50 US-Dollar akzeptieren mussten. Die Lieferungen an die Ukraine sollen über die in der Schweiz registrierte Firma RosUkrEnergo abgewickelt werden. (Zu den Details der Einigung siehe den Beitrag von Roland Götz auf Seite 4–6.)

Diese schnelle Einigung wurde aber im Folgenden in Frage gestellt. Kritisiert wurde, dass der Preis (entgegen erster Aussagen der ukrainischen Seite) nur bis zur Jahresmitte 2006 festgeschrieben wurde. Der Unterschied zwischen dem hohen Kaufpreis für russisches Erdgas und dem deutlich niedrigeren Verkaufspreis in der Ukraine soll von den zentralasiatischen Lieferanten gedeckt werden, die in die Einigung nicht einbezogen wurden. Gleichzeitig wurde kritisiert, dass mit RosUkrEnergo eine Firma beteiligt wurde, gegen die in der Ukraine staatsanwaltschaftliche Ermittlungen liefen und deren

Eigentümerstruktur unklar ist. (Zu RosUkrEnergio siehe das Portrait auf Seite 10–11)

Das ukrainische Parlament nahm die Einigung zum Anlass der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Gleichzeitig kam es zu weiteren Spannungen in den ukrainisch-russischen Beziehungen. (Siehe dazu den Überblick auf Seite 17–18). Die Einigung vom 4. Januar entspricht damit eher einem Waffenstillstand. Ein langfristig tragfähiger Kompromiss muss erst noch gefunden werden.

Resümee

An der grundsätzlichen Pattsituation zwischen Gazprom und der Ukraine wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Derzeit gehen immer noch 80% der russischen Erdgasexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Selbst wenn die Ostsee-Erdgaspipeline wie geplant 2010 in Betrieb sein wird, werden bei unverändertem Lieferumfang noch zwei Drittel

der russischen Exporte durch die Ukraine gehen. (Siehe Grafik 3 auf Seite 8) Wenn das Transitgeschäft der Ukraine also durch alternative Pipelines durchaus geschmälert werden kann, so wird die Ukraine doch auf absehbare Zeit das zentrale Transitland für russische Gasexporte nach Europa bleiben. Um seine Lieferverpflichtungen zu erfüllen, wird Gazprom also weiterhin auf ukrainische Transitpipelines angewiesen sein.

Die Frage ist deshalb für die nächsten Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus vor allem, ob der Gastransit durch die Ukraine wie in der Vergangenheit in Form eines "kalten Energiekrieges" erfolgt oder ob – etwa über eine Beteiligung von Gazprom an der ukrainischen Gasindustrie – kooperativere Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Die erneute Eskalation der letzten Monate hat eine konstruktive Kooperation wieder in weitere Ferne gerückt.

Redaktion: Andreas Heinrich

Über den Autoren

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen. Er arbeitet seit 1997 zum ukrainischen Energiesektor, wobei u.a. folgende Publikationen entstanden sind: Heiko Pleines: The political economy of coal industry restructuring in Ukraine, KICES Working Papers No.1 (2004); Heiko Pleines: Verschleppte Wirtschaftsreformen und ihre Folgen. Fallbeispiel Energiesektor, in: Gerhard Simon (Hg.): Die neue Ukraine, Köln (Böhlau) 2002, S.225–243; Heiko Pleines: Energy in Ukraine, London (Financial Times Energy Publishing) 1998.

Analyse

Die wirtschaftliche Seite des Gaskonflikts*

Von Roland Götz, SWP, Berlin

Zusammenfassung

Der Streit mit Russland über den künftigen Gaspreis für die Ukraine, der am Jahresende 2005 eskalierte, wurde Anfang 2006 mit einem Kompromiss vorläufig beigelegt. Während die russische Gazprom von der getroffenen Vereinbarung finanziell profitiert, wurde Russlands Ansehen als verlässlicher Energielieferant beschädigt. Der Vorgang wirft weitergehende Fragen auf: Welche Strategie verfolgt Gazprom im post-sovietischen Raum? Und kann Russland auf europäische Abnehmer Druck ausüben?

Die wirtschaftlichen Folgen der Einigung vom Januar 2006

Obwohl Russlands Gazprom der Ukraine am ersten Januar 2006 den Gashahn zugekehrt hatte, konnte diese die zunächst verlangte Verfünffachung des Verrechnungspreises für russische Gaslieferungen abwehren, auch weil sich ukrainische Gasentnahmen bis in westeuropäische Gasnetze ausgewirkt hatten. Die Ukraine muss gemäß Vereinbarung vom 4. Januar 2006 nach wie vor weniger für Erdgas bezahlen als alle anderen GUS-Staaten – nur Belarus steht sich

besser, musste Gazprom allerdings seine Fernpipelines übereignen. (siehe dazu Tabelle 1 auf Seite 6)

Von der bis 2010 geltenden Vereinbarung profitieren vor allem die russische Gazprom und der Gaszwischenhändler RosUkrEnergio. Gazprom hatte bislang an die Ukraine Gas in natura als Gegenleistung für die Durchleitung seiner Gasexporte geliefert, das 2005 auf dem europäischen Gasmarkt rund 4 Mrd. US-Dollar erbracht hätte. Nun wird Gazprom 2006 und in den Folgejahren nur noch rund 2 Mrd. US-Dollar Transitgebühren zu bezahlen

* Eine frühere Fassung ist erschienen als SWP-Aktuell 2006/03.

haben. Jegliche Subventionierung der Ukraine durch Gazprom entfällt nunmehr.

Die Gasrechnung der Ukraine steigt von 1,2 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005 auf fast 5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2006 an, weil sie nun an RosUkrEnergo für zentralasiatisches und russisches Gas den Einheitspreis von 95 US-Dollar pro 1000 m³ bezahlen muss. Unter Berücksichtigung der von Gazprom an die Ukraine zu entrichtenden Transitgebühr beläuft sich die jährliche Nettobelastung der Ukraine künftig auf rund 3 Mrd. US-Dollar.

Diese um rund 2 Mrd. US-Dollar gestiegenen Importkosten (bei einem Bruttoinlandsprodukt von rund 60 Mrd. US-Dollar) werden der Ukraine erhebliche wirtschaftliche Probleme bereiten. Ihr verbliebe allerdings der Ausweg, ihre Exportpipelines an Gazprom zu übertragen und die dafür eingenommenen Mittel zur Subventionierung der Gaspreise im Inland bzw. für die Modernisierung veralteter Kraftwerke zu nutzen. Diesen Weg will man in der Ukraine – zumindest bis auf weiteres – jedoch nicht gehen.

Gazproms Strategie im GUS-Raum und deren Folgen

Die ökonomisch-politischen Grundprobleme des postsowjetischen Gas- und Energiemarkts traten in dem Konflikt mit der Ukraine einmal mehr deutlich zutage:

1. Gazprom belieferte die GUS-Staaten bislang zu unterschiedlichen Sonderkonditionen, will sich nun aber von der aus Sowjetzeiten überkommenen Subventionierung der GUS-Nachbarn verabschieden. Dies wird deren veraltete und energieintensive Schwerindustrien weithin in den Ruin treiben. (siehe dazu Tabelle 4 auf Seite 10) Russlands industrielle Gaskonsumenten bleiben dagegen durch staatlich festgesetzte Niedrigpreise geschützt. Zwar kann die Verteuerung des Erdgases in den betroffenen GUS-Staaten auch eine Erhöhung der Energieeffizienz und damit eine Modernisierung der Produktion sowie der kommunalen Versorger stimulieren, beides aber wird Jahre dauern und erhebliche Investitionen erfordern. Eher ist zu erwarten, dass die billigere, aber ökologisch bedenkliche Kohle- und Schwerölverbrennung wieder an Bedeutung gewinnt bzw. die Kernkraft ausgebaut wird.

2. Da Gazprom nicht nur den russischen Gasmarkt kontrolliert, sondern auch ein Monopol auf die durch Russland führenden Gaspipelines aus Zentralasien besitzt, kann es die unabhängigen russischen Gasproduzenten wie auch die zentralasiatischen Anbieter (Aserbaidshan, Kasachstan, Usbeki-

stan, Turkmenistan) vom direkten Exportgeschäft fernhalten. Wettbewerb auf dem GUS-Gasmarkt wird auf diese Weise weitgehend verhindert.

3. Der russische Staat nutzt Gazprom als Instrument seiner Industrie- und Sozialpolitik, indem er den Gaspreis auf dem Binnenmarkt reguliert. Das niedrige Preisniveau von Erdgas bewirkt in Russland dessen breiten Einsatz als industrieller Brennstoff und in der Elektrizitätserzeugung. Obwohl ökologisch vorteilhaft, hat dies wegen des fehlenden Modernisierungsdrucks auch Verschwendung zur Folge. Gazprom muss zwei Drittel seiner Gasförderung (rund 300 Mrd. m³) mit Verlust auf dem Inlandsmarkt absetzen, was seine Investitionskraft beschränkt. Die erforderliche Erschließung der gewaltigen Gasvorkommen im Norden Russlands, auf die Europa setzt, wird infolgedessen verzögert.

Diversifizierung als Instrument der Energiesicherheit

Das der jüngste Streit mit der Ukraine um den Gaspreis – vorerst – ein rasches Ende fand, mag damit zusammenhängen, dass die russische Staatsführung an dessen raschen Ende interessiert war. Russland möchte sich schließlich 2006 im Rahmen der G-8-Präsidentschaft als respektable Energiemacht mit Weltbedeutung präsentieren. Während der Kreml mit der Gasaffäre sein Image beschädigt hat, gab Gazprom bei nüchterner Betrachtung keinen Anlass zu Zweifeln an seiner Verlässlichkeit als Lieferant. Gerade der Umstand, dass man genötigt war, die Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine schleunigst wieder rückgängig zu machen, macht deutlich, dass das Drehen am Gashahn für Russland keine wirkliche Handlungsoption darstellt. Die russische Seite kann weder die Transitländer noch die europäischen Endkunden ernstlich erpressen, weil sie auf beide elementar angewiesen ist.

Nur scheinbar eröffnen »exklusive« Pipelines, wie die durch das Schwarze Meer an die türkische Nordküste verlegte „Blue Stream“ oder die geplante Ostseepipeline vermehrte Handlungsmöglichkeiten, indem sie Transitländer ausparen. (Einen Überblick über russische Erdgasexportpipelines gibt Tabelle 2 auf Seite 8.) Die geringere Abhängigkeit von Transitstaaten wird nämlich nur gegen eine noch gesteigerte wechselseitige Abhängigkeit von Lieferanten und Abnehmern eingetauscht.

Ein hohes Maß numerischer Abhängigkeit von russischem Erdgas weisen vor allem die GUS-Staaten sowie die osteuropäischen EU-Staaten auf (siehe Tabelle 3 auf Seite 9). Demgegenüber ist die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder vergleichsweise

se gering. Dennoch sind die Europäer gut beraten, auf eine weitere räumliche Diversifizierung ihrer Energieversorgung zu setzen.

Diesem Zweck werden eine Reihe von neuen Pipelines aus Nordafrika sowie die von der türkischen Ostgrenze nach Südeuropa verlaufende »Nabucco«-Pipeline ebenso dienen wie die Flüssiggastechnologie. Sie wird die Gasversorgung geradezu revolutionieren und den Gasmarkt – wie schon den Erdölmarkt – zu einem Weltmarkt werden lassen. Im Zuge dieser Entwicklungen werden europäischen Gasimporten aus Russland zwar absolut weiter zunehmen, aber relativ zurückgehen, während die Anteile von Erdgas aus Afrika, dem Nahen Osten und dem Kaspischen Raum deutlich ansteigen werden.

Fazit: Perspektiven des östlichen Energiemarkts

Die Strategie von Gazprom läuft darauf hinaus, Wettbewerb auf dem postsowjetischen Gasmarkt zu begrenzen und auf den Auslandsmärkten

als alleiniger Anbieter von russischem Erdgas aufzutreten. Diesem Ziel dient auch der Versuch, die Exportpipelines wieder zurück zu gewinnen, die nach dem Ende der Sowjetunion in das Eigentum der Nachfolgestaaten der UdSSR gefallen waren. Diese – aus Unternehmenssicht durchaus rationale – Strategie findet die Unterstützung des Kreml, der Gazprom als Instrument seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch als Eckpfeiler seiner Industriepolitik im Energiesektor versteht und überdies an die Schaffung einer »Gas-OPEC« denkt, die unter Führung Russlands den Gasmarkt Europas beherrscht. Ob diese Strategie allerdings im recht verstandenen Interesse Russlands ist, muss bezweifelt werden. Denn hier entsteht ein intransparenter, dem Wettbewerb nur auf Auslandsmärkten ausgesetzter Großkonzern, der aufgrund seiner halb privaten, halb staatlichen Natur weder seinen Aktionären noch staatlichen Kontrollgremien wirklich verpflichtet ist.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren:

Dr. Roland Götz ist Leiter der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Davor war er wissenschaftlicher Referent am ehemaligen Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Lesetipp

Roland Götz: Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, Studie S6_2004, SWP, März 2004, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=782

Tabellen und Grafiken zum Text

Gazprom, die Ukraine und die europäische Erdgasversorgung

Grafik 1: Importpreise für russisches Erdgas 2006

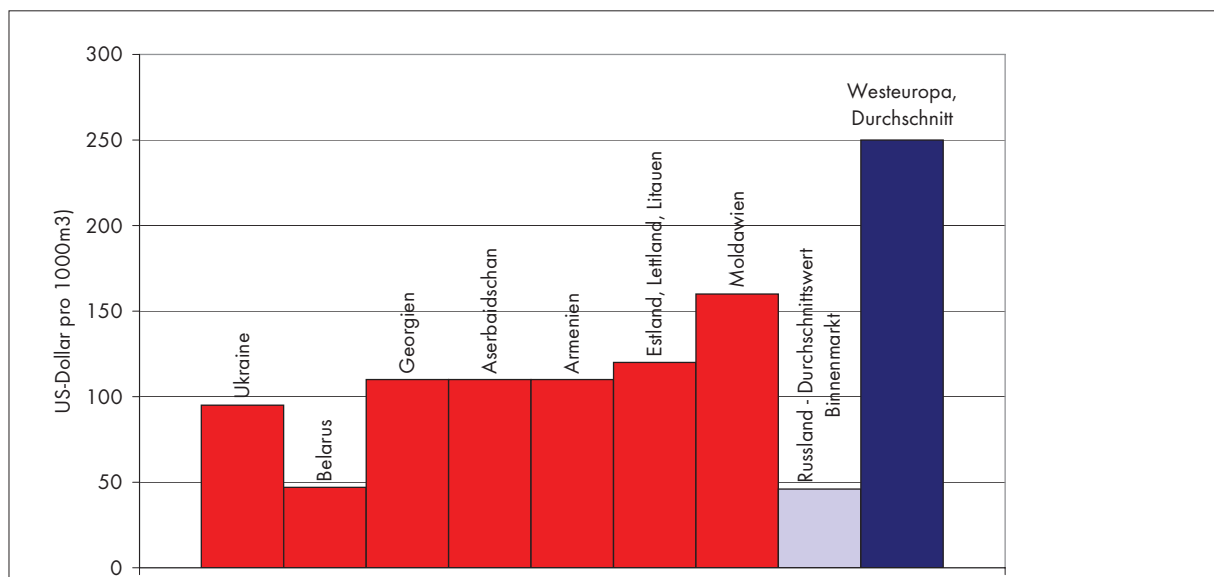
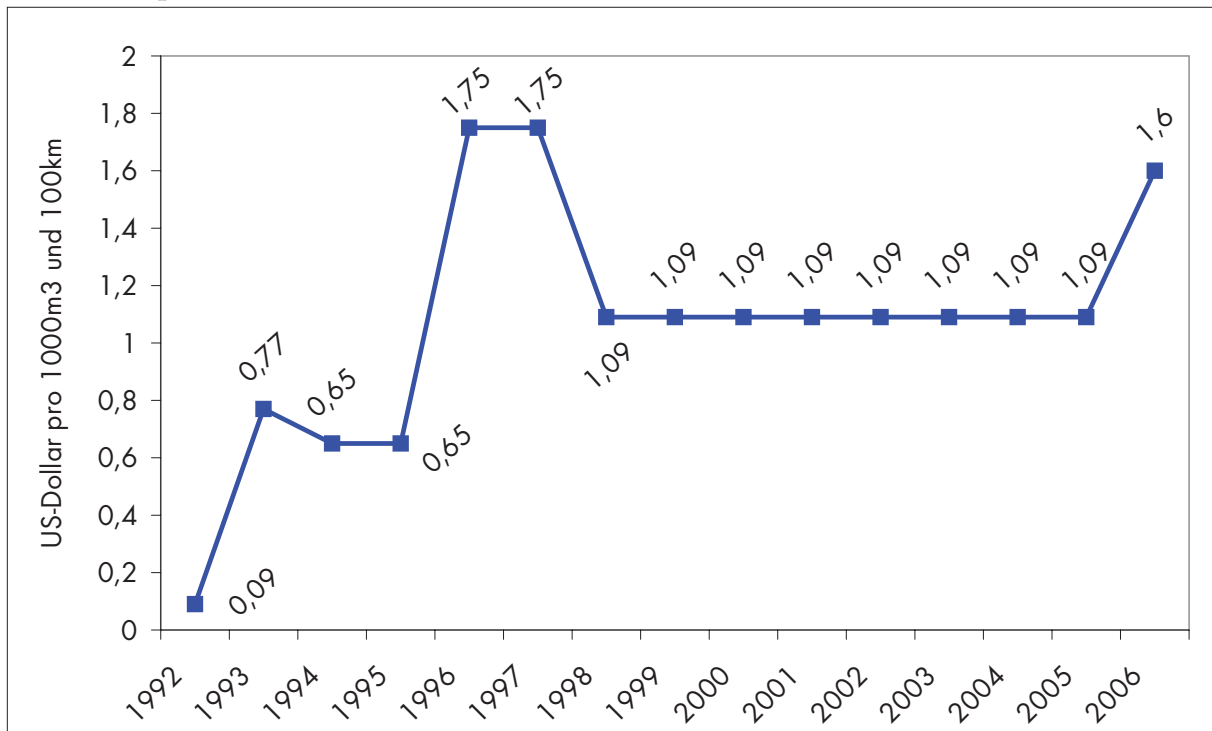


Tabelle 1: Importpreise für russisches Erdgas 2005 und 2006 (US-Dollar pro 1000m³)

| | 2005 | 2006 |
|-------------------------------|-------|---------|
| Ehemalige Sowjetunion | | |
| Ukraine | 50 | 95 |
| Belarus | 47 | 47 |
| Georgien | 68 | 110 |
| Aserbaidschan | 60 | 110 |
| Armenien | 56 | 110 |
| Estland, Lettland, Litauen | 85–95 | 120–125 |
| Moldawien | 80 | 160 |
| Russland | | |
| Durchschnittswert Binnenmarkt | 38 | 46 |
| Fernes Ausland | | |
| Westeuropa, Durchschnitt | 174 | 250 |
| Deutschland | 200 | k.A. |
| Polen | 120 | k.A. |
| Türkei | 75 | k.A. |

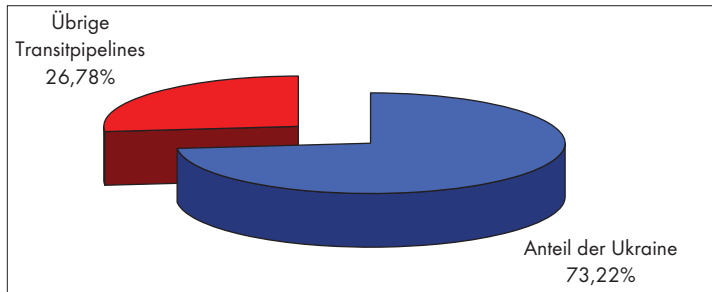
Quellen: Bofit Weekly 1/2006 www.bofi.fi/bofit/eng/3weekly/index.stm; Gazprom www.gazpromquestions.ru/news/news8.htm

Grafik 2: Preise für den Erdgastransit durch die Ukraine 1992–2006 (US-Dollar pro 1000m³ und 100km)


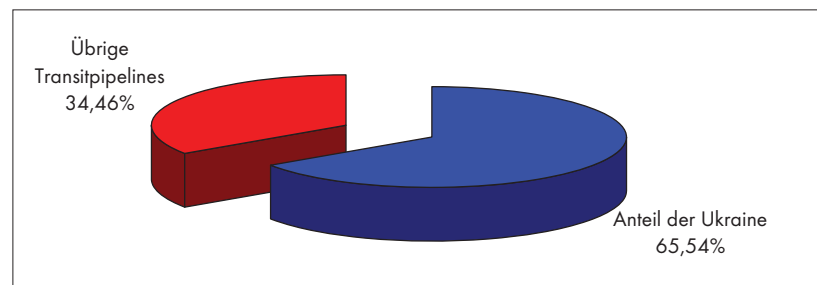
Quelle: Forschungsstelle Osteuropa – Eigene Zusammenstellung.

Grafik 3: Anteil der Ukraine an Transitpipelines für russisches Erdgas

2005



2010


Tabelle 2: Pipelinekapazitäten für russische Erdgasexporte

| Pipeline | Verlauf | Kapazität 2005 | Kapazität 2010 |
|--|---|-------------------------|-------------------------|
| Bruderschaft/Union (sowjetisches Netz) | Russland – Ukraine – Mitteleuropa | 130 Mrd. m ³ | 130 Mrd. m ³ |
| Polarlicht (sowjetisches Netz) | Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa | 25 Mrd. m ³ | 25 Mrd. m ³ |
| Transbalkan (sowjetisches Netz) | Russland – Ukraine – Balkan | 20 Mrd. m ³ | 20 Mrd. m ³ |
| Finland Connector (sowjetisches Netz mit Erweiterung von 1999) | Russland – Finnland | 20 Mrd. m ³ | 20 Mrd. m ³ |
| Jamal (Inbetriebnahme 1999) | Russland – Belarus – Polen – Westeuropa | 28 Mrd. m ³ | 28 Mrd. m ³ |
| Blue Stream (Inbetriebnahme 2002) | Russland – Schwarzes Meer – Türkei | 16 Mrd. m ³ | 16 Mrd. m ³ |
| Ostsee (NEGP, voraussichtliche Inbetriebnahme 2010) | Russland – Ostsee – Deutschland | – | 28 Mrd. m ³ |
| Gesamt | | 239 Mrd. m ³ | 267 Mrd. m ³ |

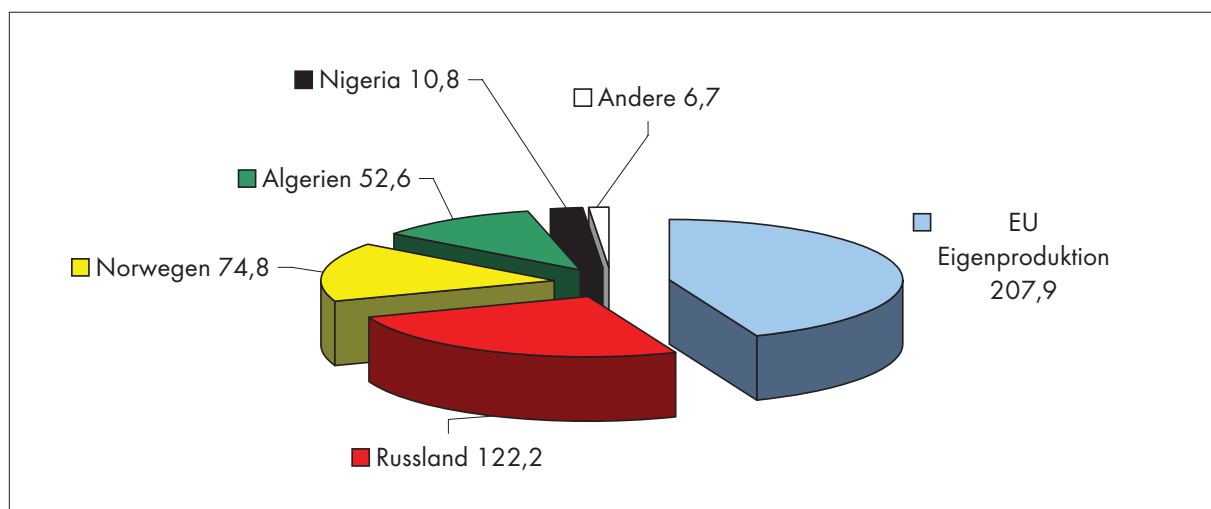
Quelle: Forschungsstelle Osteuropa – Eigene Zusammenstellung.

Tabelle 3: Anteil Gazproms an der europäischen Erdgasversorgung (2004)

| Land | Anteil Russlands an der Erdgasversorgung |
|--------------------------------------|--|
| EU | |
| Estland, Finnland, Lettland, Litauen | 100% |
| Slowakei | 99% |
| Griechenland | 80% |
| Tschechien | 73% |
| Ungarn | 72% |
| Österreich | 55% |
| Polen | 53% |
| Slowenien | 50% |
| Deutschland | 35% |
| Frankreich | 28% |
| Italien | 27% |
| Niederlande | 6% |
| Belgien | 1% |
| Übrige EU-Mitgliedsstaaten | 0% |
| Durchschnitt EU-25 | 25% |
| Andere europäische Länder | |
| Bulgarien | 100% |
| Türkei | 60% |
| Rumänien | 22% |
| Schweiz | 8% |

Anmerkung: Die Erdgasversorgung umfasst sowohl den Import als auch heimische Produktion. Erfasst werden nur russischen Lieferungen und nicht durch Russland gelieferte Exporte aus Zentralasien.

Quelle: Rubrgas: Report on the industry, Essen 2005, S.31.

Grafik 4: Erdgasaufkommen in der EU-25 (2004)


Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2005, S. 27–28; eigene Berechnungen

**Tabelle 4: Die ukrainische Energieintensität im Vergleich
(pro genutzter Energieeinheit produziertes BIP (US\$ Kaufkraftparität pro kg Erdöläquivalent))**

| | |
|----------------|------|
| Peru | 10,7 |
| Hongkong | 10,6 |
| Uruguay | 10,0 |
| Italien | 8,5 |
| Schweiz | 7,8 |
| Großbritannien | 6,2 |
| Deutschland | 6,2 |
| Frankreich | 5,8 |
| USA | 4,4 |
| Russland | 1,9 |
| Ukraine | 1,8 |
| Kasachstan | 1,8 |
| Turkmenistan | 1,4 |
| Usbekistan | 0,8 |

Quelle: UNDP Human Development Report 2005, S. 289–290

Portrait

RosUkrEnerg

Von Julia Kuszniir, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Das Unternehmen RosUkrEnerg wurde am 22. Juli 2004 in Zug (Schweiz) gegründet. Das Unternehmenskapital von RosUkrEnerg belief sich auf 100.000 Schweizer Franken. Im Januar 2005 beschlossen die Aktionäre das Unternehmenskapital auf 7.200.000 Schweizer Franken zu erhöhen.

Zu den Hauptaktionären gehört mit 50% der Aktien die in der Schweiz registrierte Arosgas Holding AG, eine 100%-ige Tochterfirma der Gazprombank. Zum Zeitpunkt der Gründung von RosUkrEnerg war der russische Erdgasmonopolist Gazprom alleiniger Eigentümer der Gazprombank. Im Dezember 2005 erwarb allerdings die Dresdner Bank ein Aktienpaket von 33,3% an der Gazprombank. Gazprom entschloss sich daraufhin den 50%-igen Anteil der Gazprombank an RosUkrEnerg in den Mutterkonzern zu integrieren.

Die restlichen 50% der Aktien an RosUkrEnerg werden von der in Österreich registrierten Centragas Holding AG gehalten. Sie ist eine Tochterfirma der Raiffeisen Banking Group, die eine Gruppe von anonymen Investoren vertritt.

Seit Januar 2005 ist RosUkrEnerg – in der Nachfolge von Itera und EuralTransgas – verantwortlich für den Transit von Gaslieferungen aus

Zentralasien durch Russland. Das Unternehmen liefert vor allem Erdgas aus Turkmenistan in die Ukraine. (siehe Tabelle unten)

Handelsaktivitäten von RosUkrEnerg 2005

| | Menge (in Mrd. m ³) | Preis (US-\$ pro 1000 m ³) |
|----------------|---------------------------------------|---|
| Kauf | | |
| Turkmenistan | 39,1 | 43 |
| Usbekistan | 4,3 | 43 |
| Kasachstan | 2,2 | 43 |
| Russland | 1,4 | 80–93 |
| Verkauf | | |
| Ukraine | 37 (zuzüglich 1,5 in Gasspeichern) | 50 |
| Polen | 2,3 | k.A. |
| Slowakei | 3,9 | k.A. |
| Estland | 0,2 | k.A. |

Für den Transit durch Russland hat RosUkrEnergO einen Vertrag mit Gazprom geschlossen, der bis 2028 läuft. Außerdem dient RosUkrEnergO als Zwischenhändler für den Verkauf russischen Erdgases an die ukrainische Naftohaz Ukrainy.

Bei Einnahmen von etwa 3 Mrd. US-Dollar belief sich der Unternehmensgewinn 2005 auf etwa 700 Millionen US-Dollar. Dabei soll das Unternehmen nur 12 Mitarbeiter besitzen, die jeweils eine Handelsvertretung in Turkmenistan und der Ukraine betreiben.

Aufgrund seiner Rolle als Zwischenhändler war RosUkrEnergO einer der Vertragspartner beim Abkommen vom 4. Januar 2006, das den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine beilegte. Im Rahmen des Abkommen und aufgrund laufender Verträge wird RosUkrEnergO sein Erdgasgeschäft im Jahre 2006 ausweiten. (siehe Tabelle)

Vertraglich vorgesehene Handelsaktivitäten von RosUkrEnergO 2006

| | Menge (in Mrd. m ³) | Preis (US-Dollar pro 1000 m ³) |
|---------------------------------|------------------------------------|---|
| Kauf | | |
| Turkmenistan | 41 | 65 |
| Usbekistan | 7 | 60 |
| Kasachstan | 8 | 60 |
| Russland | 17 | 230 |
| Verkauf | | |
| Ukraine | 58 | 95 |
| Andere europäische Länder | 15 | k.A. |

Für die geplanten Gaslieferungen in der Ukraine wurde nach langen Verhandlungen am 2. Februar 2006 zwischen Naftohaz Ukrainy und den Vertretern von RosUkrEnergO das joint venture UkrGazEnergO in Form einer geschlossenen Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 1 Mio. US-Dollar gegründet. Allerdings sind die Details, wie die Preisregulierung für Erdgas, das durch RosUkrEnergO geliefert wird, bis jetzt nicht endgültig geregelt.

Nach einer ersten Absprache soll UkrGazEnergO 2006 für den ukrainischen Markt 34 Mrd. m³ Erdgas für 115 US-Dollar pro 1000 m³ liefern. UkrGazEnergO wird vor allem Industrieunternehmen in der Ukraine

mit Gas versorgen. UkrGazEnergO soll an der russisch-ukrainischen Grenze das Gas von RosUkrEnergO für 95 US-Dollar pro 1000 m³ kaufen und noch zusätzlich 5 US-Dollar für den Transport von jedem 1000 m³ pro 100 Kilometer durch die Gaspipelines zu den Verbrauchern zahlen. Dabei soll das joint ventures pro 1000 m³ 15 US-Dollar Gewinn machen.

Während die ukrainische Seite forderte, die Lieferpreise für Gas von RosUkrEnergO für die nächsten fünf Jahre auf der Höhe von 95 US-Dollar pro 1000 m³ festzuschreiben, erklärte sich die russische Seite dazu nur bis zum 1. Juli 2006 bereit. Gazprom erklärte, dass zurzeit keine festen Vereinbarungen mit Turkmenistan über weitere Lieferungen und Preise getroffen wurden.

Nicht nur wegen der fehlenden Zusage für stabile Erdgaspreise ist RosUkrEnergO in der Ukraine umstritten. Bereits seit Juli 2005 ermittelt die ukrainische Staatsanwaltschaft gegen EuralTransgas und RosUkrEnergO wegen Betruges beim Transit und Verkauf zentralasiatischen Erdgases in die Ukraine. Die Unternehmen sollen die ukrainische Staatskassen um 1 Mrd. US-Dollar geschädigt haben. Im Verlauf der Ermittlung wurde auch die Rolle von Naftohaz Ukrainy in diesen Geschäften untersucht.

In der ukrainischen Politik wird zusätzlich die intransparente Eigentümerstruktur von RosUkrEnergO kritisiert. Am 14. Januar 2006 haben Abgeordnete des ukrainischen Parlaments gefordert, dass die ukrainische Regierung die Zusammensetzung der Aktionäre und die Finanzen von RosUkrEnergO kläre. Das Parlament setze außerdem einen Untersuchungsausschuss ein, der die Finanzen und Personalpolitik von Naftohaz Ukrainy und die Regelung der Erdgasversorgung behandeln sollte.

Die Regierung erklärte mehrfach, dass der ukrainische Staat keine Anteile an RosUkrEnergO halte, unternahm aber keine weitergehenden Bemühungen zur Aufdeckung der Eigentümerstruktur. Das Antimonopolkomitee genehmigte so etwa das joint venture von RosUkrEnergO mit Naftohaz Ukrainy ohne das weitere Angaben über RosUkrEnergO öffentlich wurden. Der ukrainische Ministerpräsident setzte sich jedoch im Februar in einem Schreiben an seinen russischen Amtskollegen dafür ein, RosUkrEnergO aus dem bilateralen Erdgashandel auszuschließen.

Analyse

Liefermonopol versus Transitmonopol. Russische und ukrainische Argumentationen im Erdgasstreit

Von Josephine Bollinger-Kanne, München

Zusammenfassung

Zur Jahreswende 2005/2006 schlugen die Wellen in den Verhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation in Sachen Erdgas wieder einmal hoch. Die beteiligten Akteure aus Politik und Wirtschaft auf russischer und ukrainischer Seite traten dabei im jüngsten Konflikt im Vergleich zu vorangehenden Verhandlungsgängen mit ihren Positionen und Argumenten besonders unversöhnlich auf. Der Beitrag gibt einen Überblick über die von den beiden Seiten im Verlauf des Streits bezogenen Positionen.

Russlands Positionen im Gasstreit

Am 7. Juni 2005 hielten der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des russischen Erdgasgiganten Gazprom, Alexander Medwedjew, und Gazproms Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, Alexander Rjasanow, eine öffentliche Pressekonferenz ab über „die Entwicklung der Zusammenarbeit Gazproms mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion im Bereich der Erdgaswirtschaft“. Zentral in ihren Ausführungen und den Antworten auf die Fragen der anwesenden Journalisten war die geplante Anhebung der Gaspreise auf europäisches Niveau bis zum Jahr 2007, von der nicht nur die Ukraine betroffen ist, sondern abgesehen von Belarus sämtliche GUS-Staaten. Dies begründete Rjasanow mit steigenden Kosten für Explorationen, Investitionen ins Pipelinenetz zum Ausbau der Lieferkapazitäten und nicht zuletzt mit den in den letzten Jahren stark gestiegenen Weltmarktpreisen für Energieträger. Um den Übergang für die betroffenen Staaten zu mildern, präsentierte er ein Dreijahresprogramm zur Preiserhöhung, das eine etappenweise Preisanpassung vorsah.

Für die Ukraine ebenfalls von großer Bedeutung ist die Transitfrage. Übliche Praxis mit Transitländern des „nahen Auslandes“, also der GUS, war nach Rjasanow bis dato die Gaslieferung zu Vorteilspreisen gegen Verrechnung der Transitzkosten. So erhielt die Ukraine 2004 im Gegenzug für den Transit von immerhin 80% der russischen Erdgasexporte nach Europa Erdgaslieferungen zu einem Preis von 50 US-Dollar pro 1000 m³, wobei die Transitzgebühren mit 1,09 US-Dollar pro 1000 m³ und 100 km angesetzt wurden. Um zu einer reinen Geldbezahlung für geliefertes Erdgas überzugehen, sollten – so Rjasanow – Gazproms Lieferungen an die Ukraine heruntergefahren und durch zentralasiatisches Gas ersetzt werden. Gazprom hätte so größere Mengen für den Export zu europäischen Preisen zur Verfügung. Gleichzeitig könnten im Handel mit der Ukraine

Exportzölle minimiert werden, die für zentralasiatische Erdgaslieferungen im Unterschied zu russischen Exportlieferungen nicht anfallen.

Die Preis- und Transitverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine spitzten sich zum Jahresende 2005 immer mehr zu. Gazprom wollte den Gaspreis für die Ukraine zum Jahresanfang 2006 auf 160 US-Dollar erhöhen. Am 29. November 2005 teilte Rjasanow schließlich der Presse mit, dass Gazprom im Gegenzug eine Transitzgebührenerhöhung von 1,5 bis 1,75 Dollar akzeptieren wolle und ohne Vereinbarung ab Januar kein Gas in die Ukraine liefern werde. Anschließende Treffen zwischen russischen und ukrainischen Unternehmens- und Regierungsvertretern blieben ohne durchschlagenden Erfolg.

In einem Interview mit dem Fernsehsender Russia Today am 13. Dezember 2005 bekräftigte der Vorstandsvorsitzende der Gazprom Alexej Miller offiziell die Drohung eines Lieferstopps, falls die Verhandlungen bis zum 1. Januar 2006 nicht abgeschlossen seien und brachte zum Ausdruck, dass eine etappenweise Preiserhöhung nicht annehmbar sei. Gleichzeitig zeigte er sich kompromissbereit, sofern die Ukraine bereit wäre, Russland am Erdgaspipelinenetz zu beteiligen. Einen Tag später beklagte Alexander Medwedjew in seinem Auftritt beim großen russischen Fernsehsender NTV den Zeitverlust durch die fruchtlosen Verhandlungen und setzte die bis dahin diskutierte Preisforderung von 160 auf 220–230 US-Dollar herauf, die nach seinen Worten keinen Festpreis darstellten, sondern sich nach den Gegebenheiten des Weltmarktes richteten.

Rückendeckung bekam Medwedjew von Finanzminister Alexej Kudrin, der die Preiserhöhung für die Ukraine in diesem Umfang für gerechtfertigt hielt. In der Folgezeit trat der Minister für Industrie und Energie, Wiktor Christenko, der gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied von Gazprom ist, entschieden für die Preiserhöhung ein. Präsident Putin unter-

stützte die Argumente Gazproms ebenfalls in öffentlichen Stellungnahmen und verwies auf die gestiegene Zahlungsfähigkeit der Ukraine im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs.

Nachdem Gazprom seine Preisforderungen nicht durchsetzen konnte, stellte das Unternehmen in Abstimmung mit der russischen Regierung am 1. Januar 2006 die Lieferungen an die Ukraine ein, was mit Lieferrückgängen für mittel- und westeuropäische Abnehmer einherging. Dafür machte Gazprom die Ukraine verantwortlich, die sich unberechtigterweise Gas von den Transitlieferungen nach Europa abzapfte. Ministerpräsident Michail Fradkow und Industrie- und Energieminister Christenko wandten sich nachfolgend an die Europäische Union, damit diese vermittelnd tätig werde und wenn nötig auf die Ukraine einwirke. Die EU lehnte das Ansuchen jedoch ab.

Am 4. Januar 2006 kam es dann zwischen Gazprom, Naftohaz Ukrainy und RosUkrEnergo „zum Abkommen über die Regulierung der Beziehungen im Erdgasbereich“, zu der Präsident Putin Gazpromchef Miller und Minister Christenko im russischen Fernsehen beglückwünschte. Neben dem Abkommen wurden sechs Ergänzungen zu geltenden Verträgen vorgenommen und am 2. Februar 2006 ein Liefervertrag unterzeichnet.

Im Ergebnis erhöht sich für die Ukraine der Lieferpreis auf 95 US-Dollar pro 1000 m³ und die Transitgebühr auf 1,6 US-Dollar pro 1000 m³ und 100 km. Lieferpreis und Transitgebühren sind dabei entsprechend der Forderung von Gazprom nun formal völlig getrennte Bereiche. Dreh- und Angelpunkt der neuen Regelungen ist die Gründung einer Gemeinschaftsfirma von Naftohaz Ukrainy und RosUkrEnergo, die den Vertrieb der von RosUkrEnergo bezogenen russischen und turkmenischen Lieferungen in der Ukraine abwickeln soll.

Ogleich mit dem Abkommen vom 4. Januar 2006 eine gewisse Beruhigung unter den streitenden Parteien eintrat, verliefen die Verhandlungen bis zur Gründung der Gemeinschaftsfirma Ukrgaz-Energo mit Alexander Rjasanow als Unternehmenschef und der Unterzeichnung des Liefervertrags zwischen RosUkrEnergo und Ukrgaz-Energo am 2. Februar 2006 nicht konfliktfrei. Die Gazpromführung beschuldigte die Ukraine in der zweiten Januarhälfte mehrfach nicht vereinbarter Gasentnahmen, die die Lieferungen nach Europa beeinträchtigen würden und Putin wies in einem Zeitungsinterview am 7. Februar 2006 darauf hin, dass die ukrainische Hälfte von RosUkrEnergo ein „gaunerisches Schattendasein“ führe.

Die Argumente im Gasstreit aus ukrainischer Sicht

Den Vertretern der ukrainischen Regierung und der staatlichen ukrainischen Holding Naftohaz war daran gelegen, an der alten Regelung im Erdgasgeschäft festzuhalten. Dabei beriefen sie sich auf die „Ergänzung Nr. 4 vom 9. August 2004 zum Vertrag über Liefer- und Transitbedingungen russischen Erdgases über ukrainisches Territorium für den Zeitraum von 2003 bis 2013 vom 21. Juni 2002“, in der die Preise und Transitgebühren bis 2009 festgeschrieben worden waren.

Auf dem Treffen mit Vertretern Gazproms am 6. Dezember 2005 erklärten sie dementsprechend, dass der Übergang zur Verrechnung gegen Cash und die von Gazprom verlangten Preiserhöhungen nicht rechtens seien. Darauf hielten ihnen die Gazpromvertreter entgegen, dass die „Protokolle zum zwischenstaatlichen Abkommen über Liefer- und Transitbedingungen russischen Erdgases durch ukrainisches Territorium vom 4. Oktober 2001“ hinsichtlich Festsetzung der Preise und Tarife jährlich unterschrieben werden und die Unterschrift für das Protokoll 2006 noch ausstehe. Präsident Juschtschenko versuchte nach den gescheiterten Gesprächen in einem Telefonat mit Putin eine Einigung zu erzielen. Durchschlagende Ergebnisse erzielten Juschtschenko und Putin hier nicht, einigten sich aber darauf, den Erdgashandel „nicht zu politisieren“.

Aus Anlass eines weiteren Treffens zwischen russischen und ukrainischen Regierungs- und Unternehmensvertretern am 12. Dezember 2005 im russischen Industrie- und Energieministerium in Moskau, signalisierte Juschtschenko Bereitschaft, Gaslieferungen etappenweise innerhalb einer Übergangsfrist an Marktpreise anzugleichen. Gazproms erneut erhöhte Preisforderung bezeichnete der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Andrej Lopuschanski als für die Ukraine nicht annehmbar.

Die von Miller und Medwedjew angebotene Verrechnung der Erdgaslieferungen gegen Anteile am ukrainischen Pipelinenetz über das ins Stocken geratene internationale Konsortium hat Brennstoff- und Energieminister Iwan Platschkow im Sinne Juschtschenkos ausgeschlagen.

Auch der ukrainische Ministerpräsident Juri Jechanurow zeigte sich nach einem erfolglosen Gespräch in Moskau unversöhnlich und forderte seine Regierung auf, alle Dokumente für eine Klage gegen die russische Seite beim Stockholmer Internationalen Schiedsgericht vorzubereiten. Kurz

zuvor hatte Medwedjew seinerseits mit der Anrufung des Internationalen Stockholmer Schiedsgerichtes durch Gazprom gedroht, sollte von der Ukraine Gas entwendet werden.

Gleichzeitig schlug Minister Platschkow beim „runden Tisch“ in Kiew eine stufenweise Preiserhöhung von 80 US-Dollar pro 1000 m³ für das erste Halbjahr bzw. Vierteljahr und eine Transitgebühr von 1,75 US-Dollar pro 1000 m³ Gas und 100 km vor. Als Begründung für die Übergangsfrist führte er an, dass an der russisch-ukrainischen Grenze keine Gaszähler angebracht seien, deren Montage Zeit in Anspruch nehme. Nachdem Platschkow den Eindruck vermittelt hatte, sein Vorschlag sei von der russischen Seite akzeptiert worden, dementierte Christenko dies und bestand auf den Preisforderungen im vollen Umfang.

Dem Vorwurf Gazproms, die Ukraine hätte während des Lieferstopps unerlaubt Gas entwendet, das für westeuropäische Abnehmer bestimmt sei, hielt Naftohaz Ukrainy entgegen, dass die reduzierten Liefermengen auf den Druckabfall im Pipelinetz zurückzuführen seien. Genau wie Russland bat auch die Ukraine die EU um Vermittlung.

Das Abkommen vom 4. Januar wertete die Regierung der Ukraine dann als Erfolg, der die Erdgasversorgung der Ukraine langfristig zu annehmbaren Preisen sichere. Das ukrainische Parlament reagierte auf diese Einschätzung hingegen mit einem Misstrauensvotum.

In einem Interview, das am 13. Januar 2006 in der Financial Times erschien, legte Juschtschenko seinen

Standpunkt dar. Zum Misstrauensvotum führte er aus, dass dieses aus formalen Gründen nicht rechtskräftig sei und die Regierung folglich bis zu den Parlamentswahlen Ende März 2006 im Amt bleibe. Als wichtigstes Ergebnis des Gaskonfliktes führte er den Gaspreis von 95 US-Dollar pro 1000 m³ an der ukrainischen Grenze an. Zudem unterstrich er die Transitstärke der Ukraine und erklärte, dass das Pipelinesystem der Ukraine gehöre und dies auf Seiten der Ukraine nicht zur Disposition stünde.

Putins Erklärung, dass die Ukraine 50% an RosUkrEnergo halte, wiesen sowohl Ministerpräsident Jechanurow als auch der Leiter von Naftohaz, Alexej Iwtschenko, zurück. Auch Juschtschenko hatte bereits im oben genannten Interview betont, dass die Ukraine in keiner Weise irgendwelche Beziehungen zu RosUkrEnergo habe.

Fazit

Die Verhandlungen in Sachen Erdgas gehen nach wie vor mit einem harten Schlagabtausch weiter. Im Kreuzfeuer der Kritik steht die Zwischenhandlerrfirma RosUkrEnergo. Sprach sich Premier Jechanurow in einem Brief an seinen russischen Amtskollegen Fradkow am 14. Februar 2006 dafür aus, diese Firma durch eine andere Mittlerfirma zu ersetzen, plädierte zwei Tage später der russische Energieminister Christenko für den Verbleib von RosUkrEnergo. Gleichzeitig kam es im Verlauf des Erdgasstreites zu weiteren Konflikten in den russisch-ukrainischen Beziehungen. (siehe dazu den Überblick auf Seite 17–18)

Über die Autorin

Dr. Josephine Bollinger-Kanne ist unabhängige Osteuropaexpertin in München

Als Quellen dienten durchweg russische und ukrainische Nachrichtenagenturen und Zeitungen.

Chronik

Der russisch-ukrainische Erdgasstreit von Juni 2005 bis Februar 2006

| | |
|-----------|---|
| 7.6.2005 | Die stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, Alexander Medwedew und Alexander Rjasanow, erklären auf einer Pressekonferenz, dass die Erdgaspreise für GUS-Staaten auf europäisches Niveau angehoben werden sollen. Um den Übergang für die betroffenen Staaten zu mildern, präsentieren sie ein Dreijahresprogramm zur Preiserhöhung, das eine etappenweise Preisanpassung vorsieht |
| 15.8.2005 | Im Zusammenhang mit der Abwicklung von Erdgasimporten aus Turkmenistan 2003 ordnet die ukrainische Staatsanwaltschaft die Durchsuchung der Büros von Naftohaz Ukrainy in Kiew an, um die Beziehung zwischen Naftohaz und Zwischenhändler RosUkrEnergo zu klären. Es werden Dokumente beschlagnahmt und Mitarbeiter vernommen. |

| | |
|------------|--|
| 20.8.2005 | Im Moskau findet die erste Verhandlungsrunde zur Neubestimmung der Erdgaspreise zwischen dem russischen Minister für Industrie und Energie, Viktor Christenko, und seinem ukrainischen Amtskollegen, Iwan Platschkow, statt. Die ukrainische Delegation stimmt einer Erhöhung der russischen Lieferpreise grundsätzlich zu und kündigt ihrerseits eine Erhöhung der Transitgebühren für russisches Erdgas an. Die Details sollen im Folgenden zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy geklärt werden. |
| 1.9.2005 | Gazprom erklärt in den Verhandlungen mit Naftohaz Ukrainy, den Erdgaspreis zum Jahresbeginn 2006 von 50 US-Dollar auf 160 US-Dollar pro 1000 m ³ erhöhen zu wollen. |
| 30.9.2005 | Der neue ukrainische Ministerpräsident, Juri Jechanurow, besucht Moskau und führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen, Michail Fradkow. Jechanurow wird auch von Präsident Putin empfangen. Zentrales Thema sind die Erdgaspreise. |
| 3.10.2005 | Die Gespräche in Moskau enden ergebnislos und werden auf Ende Oktober vertagt. |
| 17.10.2005 | Das ukrainische Parlament fordert Ministerpräsident Jechanurow auf, sich sofort persönlich um die Verhandlungen über Erdgasimporte aus Russland und Turkmenistan zu kümmern. |
| 26.10.2005 | Beim Besuch des ukrainischen Ministerpräsidenten Jechanurow erklärt der turkmenische Präsident, Saparmurat Nijasow, dass die Ukraine ihre Zahlungsmoral verbessern solle und dass die Frage der ukrainischen Gasversorgung in trilateralen Gesprächen gemeinsam mit Russland erörtert werde. |
| 23.11.2005 | Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexander Medwedew, kritisiert die Ukraine heftig. Unter anderem erklärt er, dass Naftohaz Ukrainy „darauf abziele, Gas aus den Transitpipelines zu stehlen“. |
| 28.11.2005 | Der Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Ukrainy erklärt, dass ein Vorschlag ausgearbeitet worden sei, der die Bezahlung von Erdgas im Wert von über 1 Mrd. US-Dollar durch die Lieferung ukrainischer Rüstungsgüter an Russland vorsehe. |
| 29.11.2005 | Gazprom erklärt, für den Transit durch die Ukraine „europäische Preise“ zahlen zu wollen. Dies entspräche einer Erhöhung von 1,09 auf etwa 2,5 US-Dollar pro 1000 m ³ und 100 km. Gazprom erklärt, die von der ukrainischen Seite verursachten Verzögerungen würden für 2006 die Versorgung der europäischen Abnehmer gefährden. |
| 29.11.2005 | Russland lehnt das ukrainische Angebot ab, Gaslieferungen mit Rüstungsgütern zu bezahlen. Der russische stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Sergei Ivanow erklärt, dass Bartergeschäfte der Vergangenheit angehören. |
| 8.12.2005 | Die Präsidenten von Russland und der Ukraine, Wladimir Putin und Viktor Juschtschenko, kommen zu keiner Einigung über die Gaslieferungen und übergeben die Verhandlungen wieder an die verantwortlichen Minister. |
| 14.12.2005 | Gazprom droht mit einer Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine zum Jahresbeginn, falls bis dahin keine Einigung über die Preiserhöhung erzielt worden sei. Da die Ukraine „ihre Chance nicht genutzt habe“, soll der Preis für russische Erdgaslieferungen jetzt bei 230 US-Dollar und nicht mehr bei 160 US-Dollar liegen. |
| 15.12.2005 | Naftohaz lehnt eine Beteiligung Gazproms an den ukrainischen Transitpipelines ab. Beide Seiten drohen mit der Anrufung des Internationalen Schiedsgerichts in Stockholm, das im derzeit gültigen Vertrag als Entscheidungsinstanz vorgesehen ist. |
| 16.12.2005 | Der ukrainische Energieminister Platschkow erklärt, dass ein joint venture mit Gazprom zum Vertrieb von Erdgas in der Ukraine möglich sei. Der Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, Anatoli Kinach, bekundet Bereitschaft zur Gründung eines internationalen Konsortiums zur Verwaltung der ukrainischen Transitpipelines. Gazprom äußert sich skeptisch. Der russische Präsident Putin erklärt bei einem Treffen mit seinem belarussischen Amtskollegen, Lukaschenko, dass Belarus weiterhin russisches Erdgas für weniger als 50 US-Dollar pro 1000 m ³ erhalten wird. |
| 19.12.2005 | Der ukrainische Ministerpräsident Jurij Jechanurow trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Michail Fradkow zusammen, um über die Preise für Gaslieferungen zu verhandeln. Ergebnisse werden keine bekannt. |
| 23.12.2005 | Ein Treffen zwischen dem ukrainischen Energieminister Platschkow und dem turkmenischen Präsidenten Nijasow bleibt ebenfalls ergebnislos. |
| 29.12.2005 | Erneute Verhandlungen zwischen dem russischen und ukrainischen Energieminister, Christenko und Platschkow, bringen keinen Fortschritt. Der ukrainische Präsident Juschtschenko erklärt, dass maximal 95 US-Dollar pro 1000 m ³ akzeptabel seien. |
| 29.12.2005 | Präsident Putin kritisiert im Fernsehen die Verhandlungspartner in den Erdgas-Gesprächen und wirft ihnen vor, sie hätten eine Krisensituation geschaffen, die nicht nur den Energiesektor, sondern die gesamten Beziehungen zwischen den beiden Ländern betreffe. |

| | |
|------------|---|
| 30.12.2005 | Der Vorstandsvorsitzende Gazproms, Alexei Miller, bestätigt, dass Lieferungen an die Ukraine zum 1.1.2006 gestoppt werden. Der Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko die Preise für zehn Tage einzufrieren, um erneut zu verhandeln, wird von Gazprom abgelehnt. |
| 1.1.2006 | Gazprom verringert die Einspeisung in die Gaspipelines durch die Ukraine nach Europa um 120 Mio. m ³ . Gazprom erklärt, die Verantwortung für etwaige Lieferausfälle bei europäischen Abnehmern läge bei der Ukraine, wenn sie illegal Gas entnehmen würde. |
| 2.1.2006 | Gazprom erklärt, die Ukraine habe innerhalb von vierundzwanzig Stunden rund 95 Mio. m ³ Erdgas aus den Transitpipelines entnommen. Die Lieferungen in einige EU-Länder gehen deutlich zurück. Polen erhält 15% der üblichen Liefermenge, die Slowakei und Ungarn 40%. |
| 3.1.2006 | Gazprom erhöht seine Einspeisung in die ukrainischen Gaspipelines, so dass die Lieferungen in die EU wieder auf das vertraglich vereinbarte Niveau erhöht werden. Sowohl die russische als auch die ukrainische Regierung bitten die EU um Vermittlung. Eine ukrainische Delegation reist zu Verhandlungen nach Moskau. |
| 4.1.2006 | Aleksej Miller, der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, und Oleksij Iwtschenko von Naftohaz Ukrainy unterzeichnen einen Vertrag über die Gaslieferungen. Darin wird RosUkrEnergo als Zwischenhändler festgelegt. Das Unternehmen soll russisches und zentralasiatisches Erdgas für 95 US-Dollar pro 1000 m ³ in die Ukraine liefern. Der russische Preis von 230 US-Dollar soll dabei durch billigere zentralasiatische Lieferungen ausgeglichen werden. |
| 5.1.2006 | Die US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice erklärt, dass das russische Verhalten im Erdgasstreit kritische Kommentare provoziere. Das russische Außenministerium antwortet, dass es sich um eine bilaterale Angelegenheit handle. |
| 6.1.2006 | Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Ukrainy, Andrei Lopuschanskij, erklärt, dass sein Unternehmen kein Gas von RosUkrEnergo, dem vorgesehenen Zwischenhändler, kaufen wird. Gazprom antwortet, dass das unterzeichnete Abkommen nicht mehr verhandelbar sei. Gazprom und Naftohaz erklären den Konflikt in einer gemeinsamen Stellungnahme für beendet. |
| 7.1.2006 | Der Kommissar der EU für Energiewirtschaft, Andris Piebalgs, fordert in Reaktion auf den Erdgasstreit, dass die EU-Mitgliedsländer Gasreserven für zwei Monate anlegen sollten. |
| 10.1.2006 | Das ukrainische Parlament erklärt der Regierung das Misstrauen, nachdem Ministerpräsident Jechanurow das Abkommen mit Gazprom verteidigt hat. Die Regierung bleibt trotzdem bis zu den Parlamentswahlen im März im Amt. |
| 14.1.2006 | In Reaktion auf eine Anfrage von Parlamentsabgeordneten des Blocks Julia Timoschenko verteidigt die ukrainische Regierung das Abkommen mit Gazprom und bezeichnet RosUkrEnergo als zuverlässigen Lieferanten. |
| 18.1.2006 | Im ukrainischen Parlament wird ein Gesetz vorbereitet, dass das Abkommen mit Gazprom als „Vertrag ohne rechtliche Gültigkeit und gegen die staatlichen Interessen“ bezeichnet. Naftohaz erklärt gleichzeitig, dass das Abkommen mit Gazprom nur eine Absichtserklärung sei. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Lopuschanskij erläutert, dass noch die Unterzeichnung von zehn verbindlichen Verträgen erforderlich sei. |
| 23.1.2006 | Das ukrainische Parlament richtet eine Untersuchungskommission ein, die die Finanzen und Personalpolitik von Naftohaz Ukrainy und die Regelung der Erdgasversorgung behandeln soll. |
| 23.1.2006 | Gazprom beschuldigt die Ukraine, weiterhin unberechtigt Gas aus den Transitlieferungen abzuzweigen, und so für die Lieferausfälle bei mittel- und westeuropäischen Abnehmern verantwortlich zu sein. |
| 25.1.2006 | Der ukrainische Ministerpräsident Jechanurow fordert eine Senkung des Gasverbrauchs. Die Versorgung einheimischer Gaskunden wird eingeschränkt. Die Stadtverwaltungen von Kremenchug und Luhansk rufen daraufhin den Notstand aus. |
| 27.1.2006 | Gazprom erklärt, die Ukraine habe die für Januar vorgesehenen Erdgaslieferungen bereits verbraucht. In der Ukraine werden 500 Unternehmen von der Erdgasversorgung ausgeschlossen. |
| 30.1.2006 | Während Gazprom für den zusätzlichen Verbrauch 230 US-Dollar pro 1000 m ³ fordert, erklärt Naftohaz die Abrechnung erfolge nur halbjährlich und der Zusatzverbrauch werde maximal mit 125 US-Dollar pro 1000 m ³ berechnet. |
| 2.2.2006 | UkrGazEnergo, das joint venture zwischen RosUkrEnergo und Naftohaz Ukrainy, das den Vertrieb von Erdgas aus Russland und Zentralasien in der Ukraine übernehmen soll, wird gegründet. Es konnte aber weder über die konkrete Gestaltung des joint ventures noch über die Preispolitik eine Einigung erzielt werden. |
| 6.2.2006 | Nach ukrainischen Angaben ist der Preis für Gasimporte in einem Abkommen mit RosUkrEnergo für fünf Jahre auf 95 US-Dollar festgeschrieben worden. Gazprom bestätigt diese Meldung nicht. Über den Stand der Verhandlungen mit den zentralasiatischen Gaslieferanten werden keine Angaben gemacht. |

| | |
|-----------|--|
| 8.2.2006 | Die ukrainische Regierung setzt eine Preisobergrenze für Erdgas fest. Bis 2010 soll Erdgas in der Ukraine für nicht mehr als 110 US-Dollar pro 1000 m ³ verkauft werden. |
| 8.2.2006 | Der russische Präsident Putin erklärt in einem Interview mit spanischen Journalisten, dass die anonymen Eigentümer von RosUkrEnergo die ukrainische Seite vertreten und dass die Ukraine bei den Verhandlungen Anfang Januar die Einbeziehung des Zwischenhändlers vorgeschlagen habe. |
| 14.2.2006 | Die ukrainische Regierung beschließt die Preise für die Nutzung der Gasspeicher und der Versorgungspipelines zu erhöhen. Auf diese Weise werden die Kosten für das joint venture UkrGazEnergo erhöht, während die Einnahmen von Naftohaz Ukrainy steigen. |
| 16.2.2006 | Ministerpräsident Juri Jechanurow erklärt, dass die Ukraine RosUkrEnergo als Zwischenhändler für die Erdgasimporte des Landes ersetzen möchte und dass er ein entsprechendes Schreiben an seinen russischen Amtskollegen Michail Fradkow geschickt habe. |
| 16.2.2006 | Der russische Minister für Industrie und Energiewirtschaft, Viktor Christenko, erklärt während eines Besuchs im vietnamesischen Hanoi, dass eine Erhöhung der Erdgasexportpreise durch Turkmenistan auch das Lieferabkommen mit der Ukraine verändern würde. Der Preis von 95 US-Dollar für die Erdgaslieferung soll nur bis Mitte 2006 vertraglich festgelegt sein. |
| 21.2.2006 | Die ukrainische Regierung weist Vorwürfe Turkmenistans zurück, dass die Ukraine mit ihren Zahlungen für turkmenische Gaslieferungen mit 189 Mio. US-Dollar im Rückstand sei. Die tatsächlichen Schulden beliefen sich nur auf 77 Mio. US-Dollar und seien im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass ukrainische Güterlieferungen im Rahmen des Barterhandels vom turkmenischen Zoll nur mit Verzögerungen abgewickelt würden. Außerdem habe Turkmenistan trotz eines verbindlichen Liefervertrages und ukrainischer Vorschusszahlungen seit Januar 2006 kein Erdgas mehr in die Ukraine geliefert. |
| 26.2.2006 | Der Gazprom-Vorstand genehmigt den Transfer des Anteils von 50% an RosUkrEnergo von der Gazprombank zu Gazprom. Der Anteil wird mit gut 2 Mio. US-Dollar bewertet. |

Zusammengestellt von Julia Kuszniir, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Dokumentation

Streitpunkte zwischen Russland und der Ukraine

Von Julia Kuszniir, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim

Das Abkommen "Über den Aufenthalt der Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine" zwischen Russland und der Ukraine wurde 1997 geschlossen und sieht die Stationierung der Flotte bis 2017 vor. Um das Abkommen haben sich drei Streitpunkte entwickelt.

1. Die Nutzung von Objekten auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim: Anfang November 2005 teilte der ukrainische Außenminister Boris Tarsjuk auf einer Pressekonferenz mit, dass die Ukraine große Schwierigkeiten wegen der illegalen Nutzung von Immobilien auf der Krim durch die russische Schwarzmeerflotte habe, da trotz bilateraler Vereinbarungen mit Russland keine entsprechenden Pachtverträge mit der Schwarzmeerflotte abgeschlossen worden waren.

2. Die Preise für die Pacht dieser Objekte: Die ukrainische Seite fordert die Überprüfung der Tarife für die Stationierung der Schwarzmeerflotte. Russland zahlte für das gemietete Territorium jährlich 93 Mio. US-Dollar. Die ukrainische Regierung schlug der russischen Seite vor, den Preis an international übliche Preise anzupassen, was die Summe aus ukrainischer Sicht auf etwa 200 bis 400 Mio. US-Dollar erhöhen würde.

3. Die Bewegungen der russischen Militärtruppen auf ukrainischem Territorium, die die ukrainische Seite nicht kontrollieren kann, da für Regulierungen entsprechende bilaterale Verträge fehlen.

Der aktuelle Konflikt um die Stationierung der russischen Flotte begann bereits am 23. März 2005. An diesem Tag führte ein russisches Landungsschiff Landungsoperationen in der Nähe der Stadt Feodosja auf der Krim durch, ohne die ukrainische Seite darüber informiert zu haben. Die russische Marine verließ das Territorium nur nach Intervention des ukrainischen Grenzschutzdienstes. Dies hat heftige Proteste der ukrainischen Regierung ausgelöst. Nach sechs Tagen hat sich die russische Regierung offiziell für diesen Vorfall entschuldigt. Allerdings konnte das

die Proteste nicht beruhigen. Im April 2005 gab das ukrainische Außenministerium bekannt, dass die Möglichkeit bestehe, das Flotten-Abkommen nicht über das Jahr 2017 hinaus zu verlängern und die russische Seite schon jetzt anfangen solle, Pläne für den Abzug der Flotte auszuarbeiten.

Der Konflikt verschärfte sich Mitte Januar 2006 im Zusammenhang mit den gespannten Beziehungen der beiden Länder in Folge des Erdgasstreites. Am 13. Januar drangen Vertreter der ukrainischen Staatsverwaltung auf das Territorium des Leuchtturms Jalta vor, das von der russischen Flotte gemietet wird, und besetzen dieses. Gleichzeitig teilte das ukrainische Außenministerium mit, dass sich alle Navigations- und hydrographischen Objekte an der Krim-Küste im staatlichen Besitz der Ukraine befinden und dementsprechend nicht unter russischer Kontrolle stehen könnten. Die russische Seite hingegen erklärte, die Nutzung der Objekte sei im Vertrag von 1997 eindeutig geregelt.

Einige Tage später kündigte das Ministerium an, dass die ukrainische Regierung in den folgenden Monaten die Kontrolle über alle hydrographischen Objekte, die zurzeit von der russischen Flotte genutzt werden, übernehmen würde. Für die Lösung des Problems der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte wurde Anfang Februar 2006 eine bilaterale Kommission geschaffen. Allerdings verliefen die erste Sitzungen Mitte Februar ohne Erfolg.

Bilateraler Handel

Im Herbst 2005 begann ein Handelsstreit zwischen Russland und der Ukraine, der mittlerweile etliche Produkte betrifft. Ende September 2005 hat die zwischenbehördliche Kommission für den Außenhandel der Ukraine eine Antidumping-Untersuchung gegen den Import von Holzfaserverleimplatten aus Russland eingeleitet. Als Antwort darauf hat die russische Regierung Ende Dezember 2005 Antidumping-Zölle für fünf Arten ukrainischer Röhren für die nächsten fünf Jahre eingeführt.

Ende Januar 2006 hat die zwischenbehördliche Kommission für den Außenhandel der Ukraine eine Antidumping-Untersuchung gegen den Import von russischen Streichhölzern eingeleitet. Zur gleichen Zeit hat Russland ein Importverbot für ukrainische tierische Erzeugnisse eingeführt. Die russische Seite hat der Ukraine Verstöße gegen russische Veterinärvorschriften vorgeworfen. Im Ergebnis haben die ukrainischen Produzenten rund 60% ihres Absatzmarktes verloren, dessen Wert auf 50–60 Mio. US-Dollar monatlich geschätzt wird.

Anfang Februar 2006 begann die ukrainische Seite mit drei weiteren Antidumping-Aktionen. Sie betreffen Importe von russischem Eisenerzkonzentrat, Drahtseilen und Kugellagern. Falls die Ukraine Antidumpingzölle einführen sollte, werden russische Metallunternehmen auf dem ukrainischen Markt etwa 370 Mio. US-Dollar jährlich verlieren.

Die Meeresgrenze zwischen den beiden Ländern

Dies betrifft die Aufteilung des Azowschen und Schwarzen Meeres sowie der Kertschenskij-Meerenge. Die bilateralen Gespräche zur Regulierung der Grenze begannen Mitte der 1990er Jahre. Bis Ende 2005 wurden insgesamt 22 Verhandlungsrunden durchgeführt, wobei eine Verständigung über Fragen der Aufteilung des Azowschen und Schwarzen Meeres, der Regulierung der Fischerei und des Naturschutzes sowie der Schifffahrt in diesen Gebieten erreicht wurde.

Allerdings führten die Verhandlungen zur Festlegung der Grenze in der Kertschenskij-Meerenge zu einem Konflikt. Die Grenzfrage ist insofern von Bedeutung, als sich auf der Grenzlinie die Insel Tuzla befindet. Derzeit befindet sie sich unter ukrainischer Rechtshoheit. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in der Kertschenskij-Meerenge spitzte sich im Jahr 2003 zu, als die Administration des Gebietes Krasnodar (Russland) mit dem Bau eines Damms in Richtung der Insel Tuzla begann. Nach bilateralen Verhandlungen zwischen den Präsidenten Leonid Kutschma und Wladimir Putin wurde ein Kompromiss erreicht.

Dementsprechend stoppte die russische Seite den Bau des Damms. Zudem wurde ein Abkommen geschlossen, das die Kertschenskij-Meerenge zum gemeinsamen Binnengewässer der beiden Länder erklärt. Allerdings bleibt die Frage der Grenzlinie weiterhin offen.

Chronik
Chronik vom 14.2. bis 27.2.2006

| | |
|-----------|---|
| 14.2.2006 | Ukrainische Staatsvertreter bestätigen ihre ablehnende Haltung gegenüber der derzeitigen Nutzung von Objekten auf der Krim durch die russische Schwarzmeerflotte. Ein Vertreter der Stadtverwaltung von Sewastopol regt an, die russischen Pachtzahlungen von derzeit 97 Mio. US-Dollar auf 200 Mio. US-Dollar erhöht werden sollte. |
| 16.2.2006 | Die Ministerpräsidenten von Polen und der Ukraine, Kazimierz Marcinkiewicz und Juri Jechanurow, unterzeichnen in Warschau eine gemeinsame Erklärung zur Verlängerung der Odessa-Brody Erdölpipeline nach Plock. Die Pipeline soll kaspisches Erdöl unter Umgehung Russlands nach Mitteleuropa transportieren und könnte nach polnischer Einschätzung mit einer Kapazität von 40 Mio. Tonnen pro Jahr (davon 20 Mio. Tonnen für den polnischen Markt) gewinnbringend operieren. Das bereits existierende Teilstück Odessa-Brody wird derzeit in umgekehrter Richtung genutzt, um russisches Erdöl über das Ölterminal bei Odessa zu exportieren. |
| 16.2.2006 | Ministerpräsident Juri Jechanurow erklärt, dass die Ukraine RosUkrEnergio als Zwischenhändler für die Erdgasimporte des Landes ersetzen möchte und dass er ein entsprechendes Schreiben an seinen russischen Amtskollegen Michail Fradkow geschickt habe. |
| 16.2.2006 | Der russische Minister für Industrie und Energiewirtschaft, Viktor Christenko, erklärt während eines Besuchs im vietnamesischen Hanoi, dass eine Erhöhung der Erdgasexportpreise durch Turkmenistan auch das Lieferabkommen mit der Ukraine verändern würde. |
| 16.2.2006 | Der ukrainische Verteidigungsminister, Anatoli Hrizenko, erklärt, dass die russische Schwarzmeerflotte mit dem Auslaufen des Stationierungsvertrages im Jahre 2017 die Krim verlassen müsse. Der Oppositionsvertreter Viktor Janukowitsch betont hingegen, dass nach den Parlamentswahlen im März eine „ausgewogene Entscheidung“ getroffen werde. |
| 16.2.2006 | Der stellvertretende ukrainische Außenminister, Anton Buteiko, äußert die Hoffnung, dass die Ukraine eingeladen werde, im April am NATO Membership Action Plan teilzunehmen, um 2008 volles NATO-Mitglied zu werden. |
| 17.2.2006 | Die USA gewähren der Ukraine den Status einer Marktwirtschaft. |
| 17.2.2006 | Die Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko fordert Präsident Viktor Juschtschenko auf, gegen das neue Erdgasabkommen mit Russland vor dem Internationalen Schiedsgericht in Stockholm zu klagen. |
| 21.2.2006 | Die ukrainische Regierung weist Vorwürfe Turkmenistans zurück, dass die Ukraine mit ihren Zahlungen für turkmenische Gaslieferungen mit 189 Mio. US-Dollar im Rückstand sei. Die tatsächlichen Schulden beliefen sich nur auf 77 Mio. US-Dollar und seien im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass ukrainische Güterlieferungen im Rahmen des Barterhandels vom turkmenischen Zoll nur mit Verzögerungen abgewickelt würden. Außerdem habe Turkmenistan trotz eines verbindlichen Liefervertrages und ukrainischer Vorschusszahlungen seit Januar 2006 kein Erdgas mehr in die Ukraine geliefert. |
| 22.2.2006 | Das Parlament der Krim beschließt, parallel zu den regionalen Parlamentswahlen am 26. März ein nicht bindendes Referendum über den Status der russischen Sprache durchzuführen. Das von der Partei der Region unterstützte Referendum soll Russisch auf der Krim zur zweiten Amtssprache machen. Das ukrainische Justizministerium hat erklärt, dass ein derartiges Referendum nicht auf der regionalen Ebene beschlossen werden könne, da es verfassungsrechtliche Implikationen habe. |
| 22.2.2006 | Nach Angaben des Innenministeriums laufen gegen 41 Kandidaten für die Parlamentswahlen Gerichtsverfahren und gegen weitere 37 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren. 11 Kandidaten werden polizeilich gesucht, 10 Kandidaten sind vorbestraft. |
| 23.2.2006 | Die Oppositionskandidatin Julia Timoschenko erklärt in einem Fernsehinterview, dass ihr Versuch vor den Parlamentswahlen ein Koalitionsabkommen mit den Kräften der Orangen Revolution zu vereinbaren, gescheitert sei. |
| 23.2.2006 | Die Leiterin der Atomregulierungsbehörde, Olena Mikolajtschuk, erklärt, dass die Ukraine keinen Atom Müll aus dem Ausland importieren werde, um ihn im geplanten Lager beim Unglücksreaktor Tschernobyl einzulagern. |
| 27.2.2006 | Bei Gesprächen in Brüssel können sich die EU und die Ukraine nicht auf eine Vereinfachung des bilateralen Visaregimes einigen. |

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de